„Jugend(hilfe) im Strafverfahren“: Eine Forschungsnotiz

Dirk Lampe, Annemarie Schmoll

1 Jugend in Strafverfahren

Pro Jahr werden gegen mehr als 200.000 Jugendliche und Heranwachsende Strafverfahren eröffnet (eigene Berechnung auf Basis von Statistisches Bundesamt, 2020, S. 16). Auch wenn schätzungsweise zwei Drittel dieser Verfahren im Wege der Diversion beendet werden (Höynck, 2016, S. 976), stellen sie eine erhebliche Belastungssituation für junge Menschen dar, der sie sich kaum entziehen können. Insbesondere die Hauptverhandlung vor Gericht mit ihrem formellen Prozedere, verschiedenen Akteur:innen mit distinkten, aber mitunter schwer verständlichen Rollen sowie unterschiedlichen, sich überlagernden normativen Funktionen kann auf junge Beschuldigte verunsichernd wirken und mit zahlreichen Ängsten verbunden sein (Dollinger et al., 2016, S. 326; Dollinger & Fröschle, 2017, S. 82).

Die wenigen Studien zu jungen Menschen in Strafverfahren und vor Gericht zeichnen ein Bild, das seitens beschuldigter junger Menschen von (situativer) Überforderung und Nicht-Verstehen der rechtlichen und institutionellen Vorgänge geprägt ist (z.B. Artkämper, 2020; Riekenbrauk, 2014), was mit erheblichen Verlusten an Handlungsautonomie verbunden zu sein scheint. Gleichzeitig berichten v.a. ältere Studien davon, dass mit der Transformation sozialer Umstände aus dem Leben und der Biografie beschuldigter junger Menschen in justiziable Sachverhalte oder pädagogisch-therapeutisch bearbeitbare „Probleme“ im Rahmen von Strafverfahren eine Nicht-Beachtung der individuellen Weltsicht und -deutung seitens der jungen Menschen verbunden sein kann (Muth, 1984; Messmer, 1996; Dollinger et al., 2016). Dies erschwere ein Verstehen und Nachvollziehen der justiziellen Vorgänge und stehe auch in Widerspruch zu den angestrebten Prozessen der Selbst- und Verhaltensreflektion, die für die Verhinderung weiterer Straffälligkeit – als Ziel von Jugendstrafverfahren – als notwendig und unverzichtbar angesehen werden (Dollinger et al., 2017; Vaughan, 2007). Ebenso verweisen internationale Daten darauf, dass junge Menschen aus gesellschaftlich ohnehin benachteiligten sozialen Gruppen vor Gericht einen schwereren Stand haben als jene, die bürgerlichen „Normalerwartungen“ entsprechen (Beckman & Rodriguez, 2021; Cochran & Mears, 2015; für die deutsche Debatte: Scherr, 2010; Neubacher & Bögelein, 2021).

In diesem Sinne stellen junge Menschen als Beschuldigte in Strafverfahren eine besonders vulnerable und schutzbedürftige Gruppe dar, für die seit dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (1922) und dem Reichsjugendgerichtsgesetz (1923) mit der *Jugendgerichtshilfe* (JGH) bzw. der *Jugendhilfe im Strafverfahren* (JuHiS) eine eigene Organisationsein-

heit der Jugendhilfe zuständig ist. Jedoch stehen der großen Anzahl an betroffenen jungen Menschen und den teils erheblichen sozialen und rechtlichen Folgen von Strafverfahren kaum empirische Studien über diesen Sonderbereich der Jugendhilfe gegenüber (Dollinger, 2012).

Ein neues Forschungsprojekt am Deutschen Jugendinstitut widmet sich nun genau dieser Forschungslücke. Konkreter Anlass des Projektes sind zwei EU-Richtlinien (2016/800, 2016/1919), mit denen die Verfahrensrechte von beschuldigten jungen Menschen in Strafverfahren gestärkt werden sollten. Diese wurden mit dem „Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren“ und dem „Gesetz zur Neuregelung des Rechts der notwendigen Verteidigung“ Ende 2019 umgesetzt. Das Projekt nutzt diese Situation für eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Gesetzesänderungen sowie mit der JGH/JuhiS und den betroffenen jungen Menschen als deren Adressat:innen. Zum besseren Verständnis des Projektes, werden zunächst der institutionelle Rahmen, Aufgaben und Adressat:innen der JGH/JuhiS sowie aktuelle Entwicklungen der Gesetzgebung kursorisch vorgestellt, ehe das Projekt mit seinen inhaltlichen und methodischen Schwerpunktsetzungen präsentiert wird.

2 Jugendhilfe im Strafverfahren

Ihre rechtliche Verankerung findet die Jugendhilfe im Strafverfahren zum einen als Teil der Kinder- und Jugendhilfe in § 52 des Achten Sozialgesetzbuchs. Zum anderen ist sie mit dem inzwischen hinterfragten Begriff „Jugendgerichtshilfe“ in § 38 Jugendgerichtsgesetz verankert (Münder et al., 2020, S. 270; Höynck, 2016, S. 969-970). Die JGH/JuhiS ist folglich mit dem Jugendhilfe- und Jugendstrafrecht in zwei verschiedene rechtliche Bezugsrahmen und Systeme eingebunden, was unter dem Schlagwort der „Zweispurigkeit der jugendrechtlichen Sozialkontrolle“ (Trenczek & Goldberg, 2016, S. 157-164) diskutiert wird. Die JGH/JuhiS befindet sich in einem deutlichen Spannungsfeld, denn „es gibt wohl kaum ein anderes Arbeitsfeld, welches so durch unterschiedliche Erwartungen, Logiken und Diskurse von Sozialer Arbeit und (Straf-)Justiz geprägt ist“ (Münder et al., 2020, S. 269). Die JGH/JuhiS hat die Aufgabe, sozialpädagogische Gesichtspunkte im Interesse von jungen Beschuldigten innerhalb von Strafverfahren zu verwirklichen, gleichzeitig soll sie, als „Doppelagentin“ (Ostendorf & Drenkhahn, 2017, S. 82), durch Berichte, Äußerungen zu den zu ergreifenden Maßnahmen oder Informationen als Hilfe für das Jugendgericht bei der Urteilsfindung fungieren.¹ Die JGH/JuhiS wirkt in Jugendstrafverfahren als eigenständige Akteur:in mit und hat die jungen Menschen während aller Verfahrensstadien zu betreuen und zu begleiten. Ihre Tätigkeiten umfassen u.a. Beratungsgespräche, sozialpädagogische Diagnostik, Unterstützung und Begleitung zu Hauptverhandlungen, Vermittlungen in oder Durchführungen und Überwachungen von ambulanten sozialpädagogischen Angeboten (Trenczek & Goldberg, 2016, S. 155-298). Dementsprechend sind alle Jugendlichen und Heranwachsenden, gegen die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird, mit Beginn der Ermittlungen (potentielle) Adressat:innen der JGH/JuhiS. Sie soll durch die Polizei oder Staatsanwaltschaft über die Aufnahme eines Strafverfahrens informiert werden, um Kontakt zu den jungen Menschen aufnehmen zu können.

3 Aktuelle Entwicklungen in der Gesetzgebung

Ende 2019 wurden durch die bereits im ersten Abschnitt erwähnten Gesetze zentrale Vorschriften im Jugendgerichtsgesetz und in der Strafprozessordnung geändert bzw. neu eingeführt. Die Änderungen beinhalten u.a. ausführlichere Informations- und Unterrichtungspflichten junger Beschuldigter über ihre (Verfahrens-)Rechte, die häufigere und frühzeitigere Pflichtverteidigung, die frühzeitigere und stärkere Einbindung der JGH/JuHiS sowie deren Anwesenheitspflicht in Hauptverhandlungen mit nur wenigen Ausnahmen. Die Gesetzesänderungen bringen sowohl für die JGH/JuHiS als auch für die jungen Beschuldigten viele Veränderungen mit sich (z.B. Holthusen & Schmoll, 2020; Höyneck & Ernst, 2020). Mit Blick auf die Folgen der skizzierten Gesetzesänderungen stellt sich jedoch die Frage, welche Effekte für die jungen Menschen und die Verfahrensbeteiligten eintreten werden.

4 Aktuelles Forschungsprojekt

Soll das Ziel, die Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren zu stärken, erreicht werden, sind in zwei Bereichen Wissenslücken zu konstatieren, die sowohl für die Forschung zu Jugend, Straffälligkeit, Angeboten und Funktionen der Jugendhilfe als auch für die fachliche Weiterentwicklung von Jugendstrafverfahren, von erheblichem Belang sind. Zum einen fehlt empirisches Wissen darüber, wie junge Menschen das gesamte Jugendstrafverfahren als Adressat:innen erleben und wie sie das Handeln der verschiedenen institutionellen Akteur:innen (u.a. JGH/JuHiS, Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgericht) als Verfahrensbeteiligte wahrnehmen. Zum anderen mangelt es an aktuellen Erkenntnissen über die institutionelle Seite der JGH/JuHiS. An diesen Desiderata setzt das Projekt „Jugend(hilfe) im Strafverfahren – neue Gesetzeslage, veränderte Aufgaben und die Perspektive der jungen Menschen“ an, das das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Juli 2020 bis Juni 2023 fördert.

Das Projekt wählt einen weiteren Blick als bisherige Studien und fokussiert z.B. nicht nur die Hauptverhandlungen (z.B. Dollinger et al., 2016; Artkämper, 2020), sondern ist auf das gesamte Jugendstrafverfahren ausgerichtet. Ebenso soll stärker als bisher das Erleben der jungen Menschen ihres Jugendstrafverfahrens, ihre Sicht auf die unterschiedlichen institutionellen Akteur:innen sowie deren Interagieren untersucht werden. Dies soll dazu beitragen, die Aufgaben der JGH/JuHiS, auch im Sinne einer pädagogischen Koproduktion unter Mitwirkung der jungen Menschen, durch empirisches Wissen zu stützen.

Das Projekt gliedert sich entlang der beschriebenen Desiderata in zwei Module. Für die Erhebung der Adressat:innenperspektive (Modul 1) wird eine qualitative Befragung von ca. 40 jungen Menschen, die sich in einem Jugendstrafverfahren befinden oder befunden haben, mittels leitfadengestützter Interviews durchgeführt. Um auch kollektive Deutungen und Verarbeitungsmuster zu eruieren, sind je zwei Gruppendiskussionen in Jugendarresteinrichtungen und in ambulanten sozialpädagogischen Angeboten mit je fünf bis sieben jungen Menschen geplant. In den Einzelinterviews und Gruppendiskussionen wird ein möglichst heterogenes Sample angestrebt, um allgemeine, individuelle oder ggf. gruppenspezifische Erfahrungen seitens der jungen Menschen zu erfassen. In der Auswertung kommen deshalb inhaltsanalytische Verfahren (Mayring, 2010) sowie Deutungsmusteranalysen (Bohnsack et al., 2006) zum Einsatz.

Die Erforschung der institutionellen Seite der JGH/JuHiS erfolgt in zwei Teilmodulen: Zunächst werden zehn qualitative Interviews mit Fachkräften der JGH/JuHiS (Modul 2a) an unterschiedlichen, bundesweit verteilten Standorten (Land, Klein- oder Großstadt) geführt, um u.a. regionale Unterschiede und Ungleichzeitigkeiten des Umsetzungsprozesses der Neuregelungen nachzuzeichnen. Die theoretisch begründete Auswahl der befragten Fachkräfte bildet ein breites Spektrum an unterschiedlichen Organisationsformen (u.a. (ent-)spezialisiert, teildelegiert an Freie Träger) ab. Eine etwa sechs Monate später erfolgende Follow-up-Erhebung soll die weiteren Entwicklungen im Umsetzungsprozess der neuen Regelungen in der Fachpraxis eruieren. Die Auswertung des so entstehenden qualitativen Längsschnitts erfolgt ebenfalls mittels qualitativer Inhaltsanalyse (Mayring, 2010). Das „Jugendgerichtshilfeb@rometer II“ (Modul 2b) erfolgt als bundesweite, quantitative Online-Institutionenbefragung aller JGH/JuHiS u.a. zu Organisation, Personal, professionellen Selbstverständnissen, Kooperationsbeziehungen mit anderen Institutionen, Entwicklungen der Arbeitsweisen mit den Neuregelungen und der Angebotsstruktur für u.a. straffällige oder viktimisierte junge Menschen. Der Fragebogen orientiert sich am Jugendgerichtshilfeb@rometer (AST & JHSW, 2011) und wird u.a. auf Basis der Erkenntnisse aus Modul 2a um aktuelle Fragen ergänzt. Die in der Schlussphase des Projekts geplante „Zukunftswerkstatt“ mit Fachkräften der JGH/JuHiS und jungen Menschen zielt auf eine gemeinsame Reflexion der Forschungsergebnisse sowie auf eine Ideenentwicklung hinsichtlich der Frage, wie die JGH/JuHiS zukünftig für ihre Adressat:innen passgerechter ausgestaltet werden kann. Dies dient auch dem übergeordneten Projektziel, Wissen zu generieren und für die Fachpraxis bereitzustellen, um eine empirische Grundlage für die fachliche Weiterentwicklung der JGH/JuHiS und von adressat:innengerechten Angeboten zu schaffen und einen Beitrag zu leisten, das Jugendstrafverfahren als solches weiterzuentwickeln. Basierend auf vorherigen Forschungen, Praxiserfahrungen und ersten Erkenntnissen aus Modul 2a ist zu vermuten, dass der Umsetzungsprozess der neuen Regelungen – und damit auch die Erreichung der intendierten Ziele – stark von lokalen Gegebenheiten, Arbeitstraditionen, Organisationsformen, individuell verfügbarem Fachwissen sowie pandemiebedingten Einflüssen abhängig ist.

Anmerkung

- 1 Um diesen Umstand zu berücksichtigen, werden die Abkürzungen JGH/JuHiS im Text gemeinsam genannt.

Literatur

- AST & JHSW – Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention & Projekt Jugendhilfe und sozialer Wandel (2011). *Das Jugendgerichtshilfeb@rometer. Empirische Befunde zur Jugendhilfe im Strafverfahren in Deutschland*. München: DJI.
- Artkämper, Leif (2020). *Verfahren vor Jugendgerichten. Kommunikation, Anforderungen und Auswirkungen*. Holzkirchen/Obb.: Felix.
- Beckman, Laura & Rodriguez, Nancy (2021). Race, Ethnicity and Official Perceptions in the Juvenile Justice System: Extending the Role of Negative Attributional Stereotypes. *Criminal Justice and Behaviour*. Online First: <https://doi.org/10.1177/00938548211004672>
- Bohnsack, Ralf, Przyborski, Aglaja & Schäffer, Burkhard (Hrsg.) (2006). *Das Gruppendiskussionsverfahren in der Forschungspraxis*. Opladen: Barbara Budrich.

- Cochran, Joshua & Mears, Daniel (2015). Race, Ethnic, and Gender Divides in Juvenile Court Sanctioning and Rehabilitative Intervention. *Journal of Research in Crime and Delinquency*, 52 (2), 181-212. <https://doi.org/10.1177/0022427814560574>
- Dollinger, Bernd (2012). Die Jugendgerichtshilfe im Fokus sozialwissenschaftlicher Forschung. Überblick und Diskussion der empirischen Befunde. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, 23 (4), 416-426.
- Dollinger, Bernd & Fröschle, Tobias (2017). Me and My Custodial Sentence: A Case Study on Categorization Work of Young Defendants. *Narrative Inquiry*, 27 (1), 66-84. <https://doi.org/10.1515/mks-2016-990552>
- Dollinger, Bernd, Fröschle, Tobias, Gilde, Luzie & Vietig, Jenna (2016). Junge Menschen vor Gericht: Fallstudien zum subjektiven Erleben von Verhandlungen durch das Jugendgericht. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 99 (5), 325-341.
- Dollinger, Bernd, Fröschle, Tobias, Gilde, Luzie & Vietig, Jenna (2017). Junge Angeklagte im Kampf mit dem Erziehungsanspruch des Jugend(straf)rechts. Empirische Erkundungen. In Hanna Weinbach, Thomas Coelen, Bernd Dollinger, Chantal Munsch, & Albrecht Rohrmann (Hrsg.), *Folgen sozialer Hilfen* (S. 168-185). Weinheim: Beltz Juventa.
- Holthusen, Bernd & Schmoll, Annemarie (2020). Neues im Jugendgerichtsgesetz. Folgen für die Jugendlichen und die Jugendhilfe im Strafverfahren. *Nachrichtendienst Deutscher Verein*, 100 (4), 113-118.
- Höynck, Theresia (2016). Jugendhilfe im Strafverfahren/Jugendgerichtshilfe. In Wolfgang Schröer, Norbert Struck & Mechthild Wolff (Hrsg.), *Handbuch Kinder- und Jugendhilfe*, 2. Aufl. (S. 969-985). Weinheim: Beltz Juventa.
- Höynck, Theresia & Ernst, Stephanie (2020). Das Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, 31 (3), 245-258.
- Mayring, Philipp (2010). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 11. Aufl. Weinheim, Basel: Beltz.
- Messmer, Heinz (1996). Kriminalität als dekontextualisiertes Konzept. Wirklichkeitskonstruktionen im Strafprozeß. In Kai Bussmann & Reinhard Kreissl (Hrsg.), *Kritische Kriminologie in der Diskussion* (S. 211-236). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. https://doi.org/10.1007/978-3-322-95639-2_6
- Münder, Johannes, Trenczek, Thomas, Boetticher, Arne von & Tammen, Britta (2020). *Kinder- und Jugendhilfe recht. Eine praxis- und sozialwissenschaftlich orientierte Darstellung des gesamten Kinder- und Jugendhilferechts*. 9. Aufl. Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748907367>
- Muth, Jochen (1984). Die Jugendgerichtsverhandlung aus der Perspektive des Angeklagten. In Jo Reichertz (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Analysen jugendgerichtlicher Interaktionen* (S. 58-110). Tübingen: Stauffenburg.
- Neubacher, Frank & Bögelein, Nicole (2021). Kriminalität der Armen – Kriminalisierung von Armut? *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 104 (2), 107-123. <https://doi.org/10.1515/mks-2021-0106>
- Ostendorf, Heribert & Drenkhahn, Kirstin (2017). *Jugendstrafrecht*. 9. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Riekenbrauk, Klaus (2014). „Haben Sie mich verstanden?!“ ... oder über die Pflicht, sich im Jugendstrafverfahren verständlich zu machen. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, 25 (3), 200-206.
- Scherr, Albert (2010). Jugendkriminalität – eine Folge sozialer Armut und sozialer Benachteiligung? In Bernd Dollinger & Henning Schmidt-Semisch (Hrsg.), *Handbuch Jugendkriminalität*, 2. Aufl. (S. 203-212). Wiesbaden: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92131-0_14
- Statistisches Bundesamt (2020). *Rechtspflege. Strafverfolgung. 2019. Fachserie 10 Reihe 3*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Trenczek, Thomas & Goldberg, Brigitta (2016). *Jugendkriminalität, Jugendhilfe und Strafrecht. Mitwirkung der Jugendhilfe im strafrechtlichen Verfahren*. München: Boorberg.
- Vaughan, Barry (2007). The internal narrative of desistance. *British Journal of Criminology*, 47 (3), 390-404.